

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 45 (1969-1970)
Heft: 6

Artikel: Machtlose Regierung?
Autor: Celio, Nello / Matt, Alphons
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1079212>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

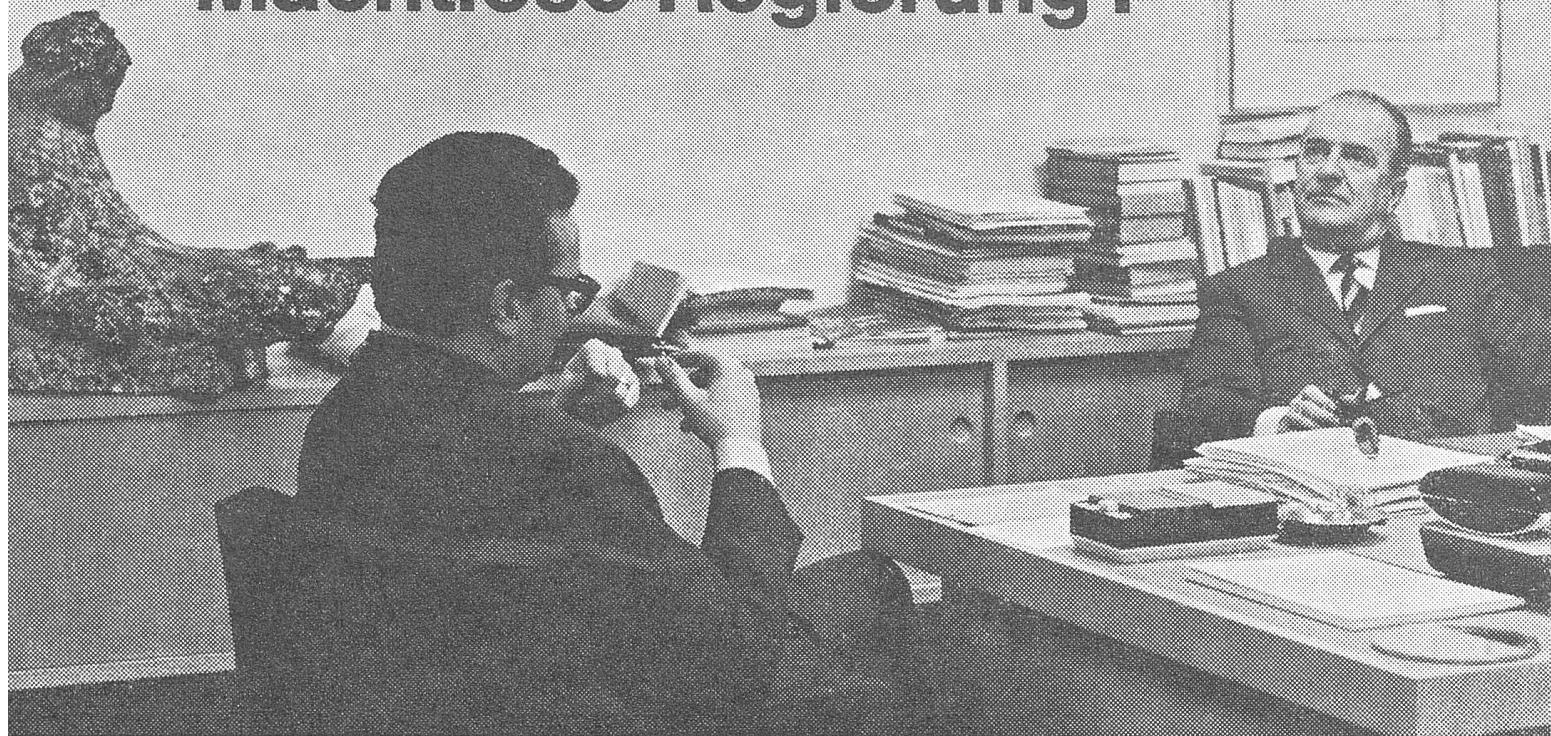
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Machtlose Regierung?



Gespräch mit Bundesrat Nello Celio, Vorsteher des Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartements

Alphons Matt: Es gab eine Zeit, da bangte jedermann vor den Gefahren der Krise. Heute malt man in der Form der Konjunkturüberhitzung den Teufel an die Wand. Was ist aus der Sicht der Regierung eigentlich leichter zu bändigen: die Krise oder die Überkonjunktur?

Bundesrat Nello Celio: Grundsätzlich ist beides schwer, denn der Bundesrat hat praktisch fast keine Mittel in der Hand. Wir können zum Beispiel weder die Steuern senken noch sie heben. Und selbst wo wir noch einige Möglichkeiten hätten, müssen wir vor das Parlament, in Einzelfällen sogar vor das Volk treten. Bis diese Maschinerie wirksam wird, ist die wirtschaftliche Entwicklung schon wieder sehr viel weiter gegangen. Auf dem monetären Sektor spielt jetzt – nach Anfangsschwierigkeiten – wenigstens die Vereinbarung mit den Banken.

Heisst das, dass Sie die Entwicklung einfach treiben lassen wollen?

Sicher nicht, aber es geht nicht darum, die Inflation, die eine weltweite Erscheinung ist, zu stoppen. In einer expandierenden Wirtschaft können Sie niemals ein solches Gleichgewicht schaffen, dass die Inflation ganz ausgeschaltet ist.

Von welchem Moment an betrachten Sie eine Lohn-Preis-Steigerung als wirtschaftlich und sozial gefährlich?

Ich würde sagen: zwei bis drei Prozent pro Jahr in einem Wachstumstrend sind normal. Sobald Investitionen gemacht werden, um die Produktivität zu steigern, bringt man die Wirtschaft automatisch bis zu einem gewissen Grad aus dem Gleichgewicht. Wenn die Preis-Lohn-Steigerung aber vier Prozent oder mehr erreicht, wird es gefährlich.

Und wieviel haben wir jetzt?

1968 und 1969 haben wir zwischen 2,5 und drei Prozent gehabt, 1970 dürfte die Ziffer bereits an die vier Prozent herankommen, und ich fürchte sehr, dass für das nächste Jahr die Raten noch höher sein werden.

Die Gefahrengrenze ist also bereits erreicht?

Zahlenmässig ja. Ausschlaggebender als die reinen Zahlen ist aber die Frage, in welche Situation hinein die Inflation spielt. Wenn sie zu einem Zeitpunkt wirkt, da die Wirtschaft selbst nicht mehr wächst, wenn sie in eine Rezession hinein wirkt, dann ist das Problem kaum mehr zu meistern. Wenn also die Inflation von der Wirtschaft nicht mehr «verdaut» werden

kann, besteht die Gefahr, dass man endgültig die Konkurrenzfähigkeit verliert.

Das würde bedeuten, dass man jeweils die Löhne möglichst schnell den gestiegenen Preisen anpassen sollte, damit nie ein Nachholbedarf auf der Lohnseite entsteht, der dann eventuell in einer bereits rezessierenden Phase gedeckt werden muss?

Eine häufige Anpassung der Löhne ist sicher besser, als es zu einem Rückstau kommen zu lassen, der dann Lohnsteigerungen um zehn Prozent nötig macht. Eine solche Lohnexplosion würde zur plötzlichen Strukturreinigung führen, der die schwachen Glieder der Wirtschaft zum Opfer fallen würden.

Unkostenmässig bedeutet aber eine kontinuierliche Lohnsteigerung für den einzelnen Betrieb genau gleichviel wie eine plötzliche.

Richtig; aber bei einer kontinuierlichen Anpassung merkt der Inhaber einer nicht besonders soliden Firma eben rechtzeitig, dass er sich einer bedrohlichen Situation nähert und wird also – bevor es zu spät ist – vor die Frage gestellt, ob er die Bude schliessen oder modernisieren und rationalisieren soll, um billiger produzieren

und konkurrenzfähig bleiben zu können.

Sind Sie denn für eine automatische Lohnanpassung auf Grund des jeweiligen Index?

Nein, nicht für eine automatische, da sie ja auf Zahlen basieren würde, die an sich willkürlich sind. Ich bin für eine graduelle Lohnanpassung, wie dies ja in der Privatwirtschaft weitgehend der Fall ist. In den letzten zwei Jahren hat die schweizerische Wirtschaft durchschnittlich drei Prozent Realloohnerhöhung gewährt. Ohne diese kontinuierliche Angleichung wäre es so, dass schliesslich nur noch die Grossen und gewisse Branchen existieren können. Deshalb sage ich immer: Wenn wir nicht aufpassen, werden wir schlussendlich in der Schweiz nur noch die Banken und die chemische Industrie haben.

Mut zur Auswahl

Trotzdem ist doch wohl eine gewisse wirtschaftliche Selektion gerade in der hochentwickelten Schweiz notwendig?

Selbstverständlich. In einem Land wie zum Beispiel Italien mit seinen zahlreichen Arbeitslosen kann man es sich leisten, die Betriebe weniger zu rationalisieren, um die menschliche Arbeitskraft auf breiterer Basis einzusetzen. In einer solchen Lage kommen dann allerdings die sozialen Überlegungen ins Spiel, denn wenn man die Arbeitskräfte so billig einsetzt, dass man konkurrenzfähig bleibt, geht dies schliesslich auf Kosten des einfachen Mannes. In einem hochindustrialisierten Land wie der Schweiz aber, einem Land mit einem restlos ausgetrockneten Arbeitsmarkt, ist dieser «Ausweg» auch rein wirtschaftlich nicht mehr gegeben. Es bleibt nur das eine: Man muss den Mut haben zu sagen, diese oder jene Ware können wir nicht mehr produzieren, um die Arbeitskräfte frei zu bekommen für rentablere Dinge.

Also zum Beispiel für die chemische Industrie und für Banken?

Nicht nur das. Nehmen Sie zum Beispiel die ganze Mechanik, die Computer-Produktion oder die Elektronik überhaupt, wo wir ziemlich weit vorn stehen, aber mehr leisten könnten.

Aber die Schweiz kann es sich doch nicht leisten, sich in einen Wettlauf zum Beispiel mit den Amerikanern einzulassen?

Da gibt es denn doch Nuancen, und ich bin überzeugt, dass die Schweiz, wenn sie sich Rechenschaft ablegt über ihre Möglichkeiten und auch über ihre Grenzen, noch genügend wirtschaftlichen Spielraum zur Verfügung hat. Dass sie von gewissen Forschungen, die ganz einfach unsere Kräfte übersteigen, ausgeschlossen ist, liegt auf der Hand.

Diese Ihre letzte Bemerkung deutet aber gewaltige Gefahren an. Gewisse Forschungen den Grossen und Grösseren zu überlassen, heisst doch nichts anderes, als dass die beiden Super-Mächte, die USA und die UdSSR, stets noch mächtiger werden, denn die wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Ballungen gehen ja weiter.

Natürlich, aber Kapitulation ist nicht die einzige Lösung. Wenn die Länder unseres Kontinents allmählich ein Europa-Bewusstsein entwickeln würden, so wären diese europäischen Staaten doch in der Lage, gewisse Forschungszentralen zu schaffen, die ein ernst zu nehmendes Gegengewicht darstellen würden.

Sie sprechen also von Machtkonzentration auf kontinentaler Ebene. Wäre es nicht besser, die Schweiz würde sich weltweit, zum Beispiel im Rahmen der Vereinten Nationen, engagieren?

Ich glaube nicht, dass wir bisher durch unser Abseitsstehen viel verpasst haben, abgesehen davon, dass wir bei vielen UNO-Organisationen mitmachen. Machen wir uns doch nichts vor: einen grossen Einfluss hatten wir dort nicht, es sind doch nur die Grossen, die wirklich etwas zu bestellen haben.

Aber Schneckenhäuser-Politik kann doch nicht Ihrem persönlichen Naturrell entsprechen?

Gewiss nicht. Ich habe die Einschränkung auch nur für die UNO gemacht, und sogar eher für die Vergangenheit. Auf lange Sicht gesehen wird unsere Mitwirkung auch dort kommen. Im Augenblick aber denke ich an eine andere internationale Öffnung, an die schweizerische Beteiligung an den verschiedensten multilateralen Organisationen wirtschaftlicher, kultureller und sogar politischer Art, soweit dies mit der Neutralität zu vereinbaren ist.

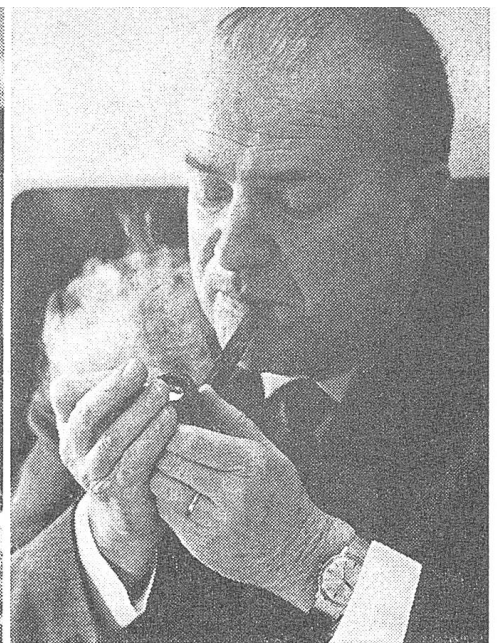
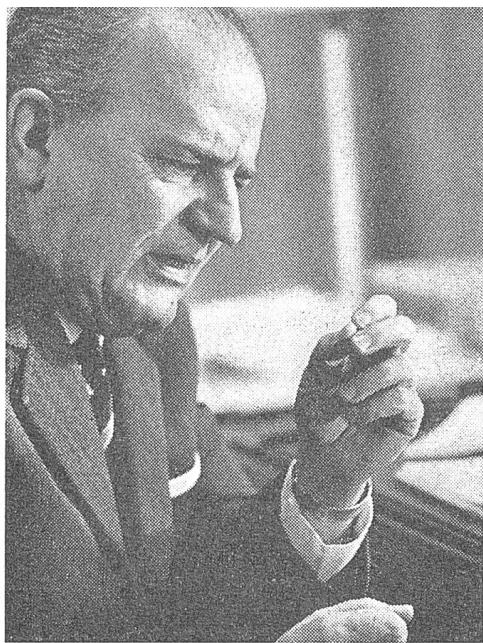
Der «Sonderfall Schweiz» würde damit also gründlich abgebaut.

Die Lage hat sich eben grundsätzlich geändert. Früher hat jedes Land mit jedem anderen Land verhandelt, seine Bedingungen gestellt und diejenigen des Partners angenommen oder abgelehnt. Heute geht dies nicht mehr. Wenn sich andere Länder zusammenschliessen, so kann nicht zum Beispiel die Schweiz allein abseits stehen, sonst wird sie übergangen. Wenn Musik gemacht wird, muss man tanzen. Man kann sich zwar wie eine alte Grossmutter, die ihre Kinder und Enkelkinder begleitet hat, in eine Ecke zurückziehen, nur darf man sich dann nicht wundern, wenn niemand mehr nach einem fragt.

Aufwerten?

Vorläufig fragt man leider weniger nach anderen Werten als ausschliesslich nach unserem Franken. Sollte man ihn nicht vielleicht aufwerten?

Nein. Ich bin nicht für eine Aufwertung, solange der Franken nicht zu den anderen Währungen in einem so krassen Missverhältnis steht, dass die internationalen Handelsbeziehungen dadurch gestört würden. Bei solchen Fragen darf man aber nie apodiktisch ja oder nein sagen. Es gibt sicher Gründe, die für eine Aufwertung sprechen. Gegenwärtig aber, so glaube ich, wären die Nachteile grösser als die Vorteile.



Läuft man mit einem Abwarten aber nicht Gefahr, den Zeitpunkt zu verpassen?

Die Aufwertung der D-Mark war ein solches Beispiel. Da sie nicht die Resultate zeitigte, die man erhoffte, sagt man jetzt, sie sei zu spät erfolgt. Mit antikonjunkturellen Massnahmen aber ist man immer zu spät. Eigentlich müsste man zu bremsen beginnen, wenn es schlecht geht, denn nachher beginnt sicher die aufsteigende Phase; und man sollte lockern, wenn es gut geht, weil dann die Rezession kommt. Aber erklären Sie dies einmal den Leuten! Das kann und will niemand begreifen – mit einer Ausnahme: die typisch italienische Figur des «Bertoldo». Er weinte immer, wenn die Sonne schien, denn er dachte schon an die Zukunft, in der es regnen werde; aber wenn es regnete, lachte und frohlockte er in der Gewissheit, dass bald der Sonnenschein komme.

Sie haben von meiner Frage nach der Franken-Aufwertung den Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland einbezogen. Darf ich diesen Vergleich weiterziehen? Was würde in unserem schweizerischen kollegialen Regierungssystem passieren, wenn Sie als Finanzminister in dieser Frage anderer Meinung wären als der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, wenn sich also auf schweizerisch übersetzt ein Streitfall Schiller-Strauss abzeichnen würde?

Da sehe ich eigentlich keine Schwierigkeit. Der grosse Vorteil des Kollegialsystems besteht doch darin, dass es vielfach zu Kompromisslösungen zwingt, die gar nicht so schlecht sind.

Nur gibt es zwischen Beibehaltung der gegenwärtigen Parität und einer Aufwertung keinen Kompromiss...

...aber es spielt dann die andere Regel, dass jeder einzelne Bundesrat, auch wenn er persönlich anderer Meinung ist, nach aussen für den Gesamtbeschluss eintritt. Und daran hält man sich, auch wenn man im Tonfall und in der Wärme, mit dem etwas vorgetragen wird, natürlich genau spürt, wer innerlich dafür oder dagegen ist.

Sie sind also ein uneingeschränkter Anhänger des Kollegialsystems?

Ja, solange wir sieben Bundesräte haben. Hier liegt das Problem, dass man die Arbeit vielleicht plötzlich nicht mehr in einem Siebner-Kollegium bewältigen kann. Bei elf oder noch mehr Bundesräten müsste man sicher zu einem Präsidialsystem schreiten, aber dazu sollten wir meiner Meinung nach so spät wie möglich übergehen.

Wäre die Schaffung von Staatssekretariaten nicht vielleicht ein Ausweg?

Da kennen Sie die Empfindlichkeit gewisser Parlamentarier nicht, die bitter beleidigt wären, wenn ihre Motion – im Gegensatz vielleicht zu jener eines Kollegen – nicht vom Departementsvorsteher selbst, sondern «nur» von dessen Staatssekretär beantwortet würde. Aber in diesem Zusammenhang möchte ich auf ein anderes Problem hinweisen. Was uns die Arbeit erleichtert, ja vielfach überhaupt erst ermöglicht, das ist die Zuverlässigkeit der obersten Chefbeamten der verschiedenen Departemente. Hierin aber kann es kritisch werden, wenn die jungen Kräfte die Privatwirtschaft, die höhere Löhne zahlen und eventuell

auch bessere Aufstiegsmöglichkeiten offerieren kann, vorziehen, so dass in einigen Jahren oder in der nächsten Generation dann plötzlich die qualitativ ausgesuchten Chefbeamten fehlen.

Aber der einzelne Bundesrat richtet sich – glücklicherweise, würde ich sagen – nicht immer nach der Meinung seiner Chefbeamten. Als Vorsteher des Militärdepartementes waren Sie zum Beispiel für den Atomsperrvertrag, obwohl bekanntlich nicht alle Chefbeamten und Generalstabsoffiziere diese Auffassung vertraten.

Aber ich war selbst unter höchsten Offizieren in guter Gesellschaft! Ich bin ehrlich überzeugt, dass sich die Schweiz eine Atomwaffe weder politisch, noch wirtschaftlich, noch militärisch leisten kann. Natürlich ist es nicht richtig, dass die Grossen jetzt den Kleinen Enthaltsamkeit predigen. Das erinnert an jemanden, der zuviel getrunken hat und der den andern deshalb Abstinenz auferlegen will. Gerade deshalb hätte ich es vorgezogen, wenn die Schweiz – noch bevor der Atomsperrvertrag vorlag – eine Erklärung abgegeben hätte, wonach sie aus freien Stücken auf Atomwaffen verzichte, solange die Unterzeichner des Atomsperrvertrages sich an die darin festgesetzte Beschränkung hielten. Ein solcher Akt hätte unser Ansehen gestärkt und unsere Neutralität noch glaubwürdiger gemacht.

Die Schweiz – eine Fabrik?

Noch eine letzte Frage, Herr Bundesrat: Wie stellen Sie sich zur Initiative Schwarzenbach?

Diese Initiative kann weder politisch

vertreten werden, weil dies unseren Traditionen widersprechen würde, noch wirtschaftlich, weil es zu einer Katastrophe führen würde. Die Initiative ist aber vor allem auch aus menschlichen Gründen abzulehnen, denn wir haben die Ausländer gerufen und waren froh, dass sie kamen. Trotzdem heisst meine Ablehnung der unglücklichen Initiative Schwarzenbach nicht, dass ich das Problem an sich verkenne. Das Problem geht sogar wesentlich weiter, als es im Initiativtext stipuliert ist. Es gipfelt in der Frage: Wie weit kann sich die Schweiz industrialisieren? Man kann doch aus der Schweiz nicht einfach eine riesige Fabrik machen.

Denken Sie dabei an eine Selbstbeschränkung auf freiwilliger Basis?

Nein. Ich glaube nicht, dass man mit Ukasen und Hirtenbriefen etwas Wesentliches erreicht. Die Wirtschaft ist zwar zu Selbstbeschränkungen bereit, aber auch beim besten Willen kann plötzlich ein Nachlassen eintreten. Wenn zum Beispiel jemand sieht, dass der Nachbar sich nicht an die freiwillige Übereinkunft hält, kann aus der Notwendigkeit der Konkurrenz ein Nachziehen nötig werden. Hingegen möchte ich fast sagen es sei ein Glück, dass die Schwerindustrie keinen Platz mehr hat in einem Land, das nicht am Meer liegt. Hier ergibt sich naturnotwendig eine Selbstbeschränkung, die dann auch Bestand hat. Persönlich bin ich aus all diesen Überlegungen der Meinung, wir sollten uns an gewissen grossen europäischen Konzernen beteiligen, die jetzt zum Beispiel in Südfrankreich, in Deutschland und anderswo aufgezogen werden. Das heisst nun nicht, dass die Schweiz ein Land von Holding-Unternehmen werden soll. Dies darf schon deshalb nicht sein, weil die Forschung nur funktionieren kann, wenn sie mit der Industrie Hand in Hand arbeiten kann. So möchte ich sagen: Man kann und muss im Ausland expandieren und gleichzeitig behalten und verbessern, was wir in der Schweiz haben.

Durch handwerkliches Schaffen schöner wohnen

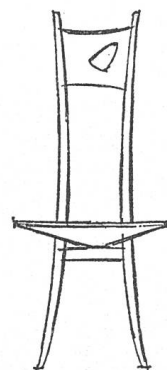
Vor 52 Jahren hat der Schreinermeister Carl Hotz an der Schloßgasse in Zürich-Wiedikon seine Schreinerbutik eingerichtet. Sieben Jahre später wurde diese auf das Land verlegt, nach Märstetten TG. Wir haben sie bis heute auf das neuzeitlichste ausgebaut. Die Möbelerstellung ließ sich dadurch immer preiswerter gestalten. Die handwerkliche Tradition ist aber gleich geblieben.

Unter dem Motto: «Durch handwerkliches Schaffen schöner wohnen» haben wir unsere Schaufenster und die weitere Ausstellung im Hause am Bleicherweg in Zürich neu eingerichtet.

Sie zeigen Ihnen die zeitlos-schönen HOTZ-Möbel für Wohnzimmer, Eßzimmer, Schlafzimmer und Wohn-Schlafzimmer. Die einzelnen Möbel sind für jede Einrichtung beliebig kombinierbar. Jedes Möbel ist auch einzeln käuflich.

Besuchen Sie einmal unsere Ausstellung unverbindlich. Unsere Innenarchitekten beraten gerne mit Ihnen Ihre Möbel- und Wohnprobleme.

Carl HOTZ Söhne
Polster- und Möbelwerkstätten
Zürich, Bleicherweg 18
Nähe Paradeplatz



HOTZ MÖBEL